

Blutbad bei Militäroperation

Israel: Mindestens 18 Tote im Flüchtlingslager Dschebalija - Armee rückt in Ramallah ein

JERUSALEM: Bei der grössten Militäroffensive seit dem Libanon-Feldzug vor 20 Jahren hat die israelische Armee am Dienstag in den Autonomiegebieten mindestens 28 Palästinenser getötet. Beim Angriff auf das Flüchtlingslager Dschebalija im Gazastreifen kamen mindestens 18 Palästinenser ums Leben. Bei Gefechten in anderen Teilen der Autonomiegebiete wurden zehn weitere Palästinenser getötet. Bei einem palästinensischen Anschlag auf Fahrzeugkolonnen nahe Libanon wurden sechs Israelis erschossen, ein weiterer fiel im Westjordanland einem Heckenschützen zum Opfer.

Die israelische Armee besetzte zudem Ramallah und rückte erneut bis auf wenige Meter an den Amtssitz des palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat vor. Was dies für die am Montag verfügte Aufhebung seines Hausarrests bedeuten könnte, war vorerst unklar. Beschossen wurde auch ein Hotel, in dem etwa 40 ausländische Journalisten untergebracht waren. Nach israelischen Medienberichten sind an der grössten Militäration seit 1982 insgesamt 20 000 israelische Soldaten beteiligt.

UN-Generalsekretär Kofi Annan richtete einen eindringlichen Friedensappell an beide Seiten. Er sagte in New York, die Palästinenser müssten alle Terrorakte stoppen. Im Gegenzug forderte er die Israelis auf, die illegale Besatzung palästinensischen Territoriums zu beenden und nicht mehr mit übermässiger Härte gegen die Palästinenser vorzugehen.

«Sie können ihre Völker noch immer vor der Katastrophe bewahren», sagte



Annan an die Adresse des israelischen Regierungschefs Ariel Scharon und Arafats gerichtet. Vor der Militäration in Dschebalija hatten Palästinenser eine jüdische Siedlung im Gazastreifen beschossen, wobei aber niemand verletzt wurde. Die israelische Armee rückte mit etwa 20 Panzern in das Lager ein, auch Kampfhubschrauber waren im Einsatz. Mehrere Gebäude, darunter eine Metallfabrik, wurden in Schutt und Asche gelegt. Viele Zivilisten flohen im Schlafanzug aus dem Lager. Es gab mindestens 75 Verletzte. Fünf weitere Palästinenser starben bei Angriffen auf Polizeistationen im Flüchtlingslager Chan Junis sowie in der Ortschaft Deir el Balah im Gazastreifen.

Als Vergeltung für die Militärationen drohte Hamas-Führer Abdel Asis Rantisi mit neuen Anschlägen. Kurze Zeit später feuerten fünf bewaffnete Männer, die sich als israelische Soldaten getarnt hatten, von den Hügeln nahe der libanesischen Grenze auf israelische Fahrzeuge und töteten mindestens sechs Insassen. Israelische Sicherheitskräfte erschossen zwei der Angreifer, die offenbar aus Libanon kamen. Armeehubschrauber kreisten über dem Gebiet.

Zinni bringt Friedensplan mit

Am Donnerstag wird der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Anthony Zinni in der Region erwartet. Nach Informationen aus Washington will er den Konfliktparteien den Friedensplan von CIA-Chef George Tenet vorlegen. Dieser sieht eine sofortige Waffenruhe und die Festnahme palästinensischer Extremisten vor. Israel soll dafür die Reisebeschränkungen für Palästinenser lockern und seine Soldaten aus den Autonomiegebieten abziehen. Auch US-Vizepräsident Dick Cheney bereist zurzeit die Region.

Postkartenaktion gegen Jörg Haider

KLAGENFURT: Die Jugendorganisation der Österreichischen Volkspartei (JVP) plant eine Postkartenaktion gegen den rechtsgerichteten Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider. Sie protestiert damit gegen dessen umstrittenen Irak-Besuch im vergangenen Monat.

Wie die österreichische Nachrichtenagentur APA am Dienstag berichtete, ist auf der «Blutsbrüder» betitelten Postkarte eine Karikatur Saddam Husseins als Vampir sowie Haider mit den Händen voller Blutkonserven zu sehen. 10 000 Stück davon sollen in den nächsten Tagen in allen Kärntner Städten verteilt werden. JVP-Chef Peter Weidinger begründete die Aktion damit, dass Haider dem Land durch seinen Solidapitätsbesuch im Irak grossen Schaden zugefügt habe.

Wachstumsquote der Weltbevölkerung geht zurück

NEW YORK: Das Wachstum der Weltbevölkerung hat sich laut einer Studie der Vereinten Nationen in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Dadurch könnten die Prognosen für zehn Milliarden Erdenbürger am Ende des 21. Jahrhunderts womöglich auf acht bis neun Milliarden zurückgeschraubt werden, hiess es am Montagabend bei einer Versammlung von Demographen am UN-Sitz in New York. Ein realer Rückgang sei allerdings erst im nächsten Jahrhundert zu erwarten.

«Linke will mich mit allen Mitteln erledigen»

PARIS: Mit seinen heftigen persönlichen Attacken auf Präsident Jacques Chirac (Bild unten) hat sich der sozialistische Präsidentschaftskandidat Lionel Jospin (oben) nach Einschätzung der französischen Presse selbst geschadet. Der konservative «Figaro» sah den Amtsinhaber am Dienstag im Aufwind, und auch die linksliberale «Liberation» bemerkte, der Premierminister hätte besser geschwiegen.

Der Neogaullist Chirac ging derweil zum Gegenangriff über und kanzelte Jospins Äusserung als Entgleisung ab. In Frankreich wird am 21. April und 5. Mai ein neuer Präsident gewählt, die Umfragen gaben Jospin bislang einen knappen Vorsprung. Chirac warf in einem Fernsehinterview am Montagabend der Linken vor, ihn «mit allen Mitteln erledigen zu wollen». Er sei für sie das letzte Hindernis, den ganzen Staat in Beschlag zu nehmen. Deshalb würden gegen ihn extremistische Methoden angewandt und «Gerüchte und Verleumdungen» verbreitet, erklärte der Präsident.

Der Chef der afghanischen Interimsregierung soll von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit militärischen Ehren empfangen werden.

Massenflucht auf Flughafen

MADRID: Der Flughafen von Madrid ist zum Schauplatz einer der grössten Massenfluchten in Spanien seit Jahren geworden. Rund 200 Kubaner, die dort am Wochenende Asyl beantragt hätten, seien auf dem Flughafengelände einquartiert. Sie waren dort mit verschiedenen Maschinen gelandet. Spanische Medienberichten zufolge dürfen die Flüchtlinge wahrscheinlich in Spanien bleiben, da das Land Kubanern häufig auch aus humanitären Gründen Zuflucht gewährt.

Vorbereitungen für Erstürmung der El-Kaida-Verstecke

Afghanische Alliierte haben Front durchbrochen - USA lehnen Gespräche über Waffenstillstand ab

GADES: Im Osten Afghanistans haben die mit den USA verbündeten afghanischen Truppen die Erstürmung der noch verbliebenen Taliban- und El-Kaida-Verstecke vorbereitet. In der Nacht zum Dienstag durchbrachen sie nach eigenen Angaben die Front. Für Unstimmigkeiten zwischen den Verbündeten sorgte unterdessen ein Angebot, das Taliban- und El-Kaida-Kämpfern freies Geleit zu sichern sollte. Es war von einem Gesandten des Ministerpräsidenten Hamid Karsai unterbreitet worden. Die USA wiesen den Plan zurück.

«Wir werden nicht aufhören zu kämpfen, um irgendein Abkommen zu schliessen», sagte Pentagon-Sprecher Dave Lapan in Washington. Die Anti-Taliban-Truppen brachten unterdessen

mehrere Panzer für den letzten Vorstoss zur Einnahme des umkämpften Gebiets in Stellung. B-1-Flugzeuge der US-Luftwaffe deckten derweil die Höhlen und Tunnel des schneebedeckten Gebirgskamms, der von US-Offizieren «der Wal» genannt wird, mit einem Bombenteppich ein.

Ausserdem hatte es den Anschein, dass Chinook-Hubschrauber kleinere Panzer ins Kampfgebiet flogen. «Wir haben letzte Nacht im Kampfgebiet die Front durchbrochen», berichtete der afghanische Feldkommandeur Abdul Hanan. «Wir haben einige völlig zerstörte Höhlen gesehen. Ich bin sicher, dass darin Tote lagen.» Bei dem amerikanischen Dauerbombardement seien fünf ausländische Kämpfer und auch drei Dorfbewohner getötet worden.

Alles deutete darauf hin, dass die af-

ghanischen Soldaten sich am Dienstag zur Entscheidungsschlacht bereit machten. Ihre Befehlshaber fanden sich zu einem Treffen in der Nähe der Front am Fuss der Schah-i-Kot-Berge ein. Zugleich berieten lokale Führer über das Angebot eines mehrtägigen Waffenstillstands für den Fall, dass Taliban- oder El-Kaida-Kommandeure überlaufen oder die Gegend verlassen wollten. Der stellvertretende Polizeichef von Surmand, Ghulam Mohammed Faruk, erklärte, der Plan stamme von Gul Haider, einem Kommandeur der afghanischen Streitkräfte.

Der afghanische Kommandeur Ismail Chan erklärte, dass mittlerweile etwa drei Viertel der Gegner, deren Zahl ursprünglich auf etwa 1000 geschätzt worden war, getötet wurden. US-Verteidigungsminister Donald

Rumsfeld hatte am Montagabend die Hoffnung geussert, die US-Truppen und ihre Alliierten würden das «Saubermachen» in dem Gebiet bis Ende dieser Woche erledigt haben. Laut Rumsfeld sind an der «Operation Anaconda» in dem 150 Quadratkilometer grossen Schah-i-Kot-Tal mehr als 800 US-Soldaten und noch einmal eine ähnliche Zahl afghanischer und anderer alliierter Soldaten beteiligt.

Karsai kommt nach Berlin

(Berlin) Karsai wird am Mittwoch zu seinem ersten Deutschlandbesuch in Berlin erwartet. Im Mittelpunkt steht die Wiederaufbauhilfe für Afghanistan. Der Chef der afghanischen Interimsregierung soll von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit militärischen Ehren empfangen werden.

«Wie ein Wolf, der ein Schaf anfällt»

TEHERAN: Der ranghohe iranische Kleriker Ayatollah Ali Meschkini hat dazu aufgerufen, den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon wegen Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser vor Gericht zu stellen und hinzurichten. Gesprächen mit der israelischen Regierung erteilte er am Dienstag bei einer Rede vor dem so genannten Expertenrat in Teheran eine kategorische Absage. Das sei, als ob man mit «einem Wolf, der ein Schaf anfällt» sprechen wolle.

«Wir betrachten Scharon als Kriegsverbrecher, dem der Prozess gemacht und der hingerichtet werden muss», sagte er. Meschkini leitet den Expertenrat, der den höchsten religiösen Führer Irans wählt und überwacht.

Schwere Manipulationsvorwürfe

Präsidentenwahl in Simbabwe: Mehr als 1400 Festnahmen

HARARE: Nach der Präsidentenwahl in Simbabwe haben unabhängige Beobachter am Dienstag massive Manipulationsvorwürfe gegen die Regierung erhoben. Die Abstimmung könne nicht als frei und fair bezeichnet werden, erklärte das simbabwische Wahlnetzwerk. Auch norwegische Beobachter übten Kritik. Nach Berichten von Amnesty International wurden an den Wahltagen 1400 Personen, vor allem Oppositionelle, festgenommen. Ersten Ergebnissen zufolge lag Amtsinhaber Robert Mugabe knapp vor seinem Herausforderer Morgan Tsvangirai. Ausgezählt waren am Dienstagabend etwa fünf Prozent der Stimmen, von diesen entfielen 53 Prozent auf Mugabe und 45 Prozent auf Tsvangirai.

